



EUROPEAN COMMISSION

Directorate-General for Trade

Directorate B - Services and Investment, Intellectual Property and Public Procurement
The Director

Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen EU-Kanada (CETA)

Fakten zu CETA

- Umfassendes Wirtschaftsabkommen EU-Kanada
- Beseitigt 99 % der Zölle und viele weitere Unternehmenshindernisse
- Fördert Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, schafft Arbeitsplätze
- Steigert BIP der EU um voraussichtlich 12 Milliarden Euro
- Vereinbarter Text öffentlich verfügbar
- Demokratische Annahme

Das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen CETA ist eine vor Kurzem zwischen der EU und Kanada ausgehandelte Übereinkunft. Sobald das Abkommen in Kraft tritt, wird es EU-Unternehmen mehr und bessere Geschäftsmöglichkeiten in Kanada eröffnen und die Beschäftigung in Europa fördern.

CETA wird ein breites Spektrum von Problemen ausräumen und so Geschäfte mit Kanada erleichtern. Es wird Zölle und Zugangsbeschränkungen bei öffentlichen Aufträgen beseitigen, Dienstleistungsmärkte öffnen, Investoren verlässliche Bedingungen bieten und nicht zuletzt die illegale Nachahmung von EU-Innovationen und traditionellen Erzeugnissen erschweren.

Das Abkommen stellt auch sicher, dass die wirtschaftlichen Vorteile nicht auf Kosten der Demokratie, des Umweltschutzes oder der Gesundheit und Sicherheit der Verbraucher gehen.

Derzeitiger Stand des Prozesses

Nach dem politischen Durchbruch im Oktober letzten Jahres haben die Verhandlungsführer ihre Arbeit an dem umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen EU-Kanada (CETA) Anfang August abgeschlossen. Am 26. September haben der damalige Kommissionspräsident Barroso und der kanadische Premierminister Harper das Ende der Verhandlungen verkündet. Der Text des Abkommens wurde am gleichen Tag auf der Website der GD Handel öffentlich gemacht (im Interesse vollständiger Transparenz in seiner Fassung vor der rechtlichen Überprüfung und vor der Übersetzung von der Verhandlungssprache Englisch in die EU-Amtssprachen). Er kann unter dem folgenden Link eingesehen werden:

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2014/september/tradoc_152806.pdf

Bitte beachten Sie, dass der Text des Übereinkommens noch nicht völkerrechtlich bindend ist. Das ist erst nach einer rechtlichen Überprüfung und dem Abschluss des Ratifizierungsverfahrens der Fall.

Die rechtliche Prüfung durch die Juristen der Kommission und Kanadas ist zur Zeit im Gange. Hier geht es darum, die interne Kohärenz des Gesamttextes und die rechtliche Eindeutigkeit der ausgehandelten Formulierungen im Einzelnen noch einmal sicherzustellen. Mit einem Abschluss wird etwas Ende März gerechnet.

Der Text wird dann in sämtliche EU-Amtssprachen übersetzt. Auf dieser Basis kann die Kommission anschließend ihren formellen Vorschlag dem Rat der Europäischen Union (Mitgliedstaaten) unterbreiten, was den eigentlichen Ratifizierungsprozess in Gang setzt. Hiermit wird nach der derzeitigen Planung für Ende 2015 gerechnet.

Der Rat hat unter anderem auch über die Unterzeichnung des Abkommens zu entscheiden. Ist dies erfolgt, wird das Europaparlament mit CETA befasst. Dieses muss seine Zustimmung geben, bevor das Abkommen in Kraft treten kann. Dies kann in Form einer provisorischen Anwendung oder in endgültiger Weise erfolgen, abhängig davon, ob CETA ein gemischtes oder ein EU-Abkommen ist. Mit der provisorischen Anwendung bzw. dem endgültigen Inkrafttreten wird Anfang 2017 gerechnet. Im Falle einer provisorischen Anwendung erfolgt das endgültige Inkrafttreten erst nach der Ratifizierung durch die Parlamente der 28 Mitgliedsstaaten.

Worum geht's bei CETA?

- [Abschaffung von Zollabgaben](#)
- [Zugang zu öffentlichen Aufträgen in Kanada für EU-Unternehmen](#)
- [Verstärkte Zusammenarbeit bei der Regulierung](#)
- [Schutz europäischer Innovationen und landwirtschaftlicher Erzeugnisse mit besonderem geografischem Ursprung](#)

- [Erleichterung des Handels mit Dienstleistungen](#)
- [Investitionsförderung und Investitionsschutz](#)
- [Gewährleistung guter künftiger Zusammenarbeit](#)
- [Wahrung der Demokratie sowie der Verbraucher- und Umweltschutznormen](#)

Abschaffung von Zollabgaben

Aufgrund von CETA entfallen alle Zölle auf Industriewaren. Für die europäischen Exporteure ergeben sich dadurch Einsparungen in Höhe von rund 470 Millionen Euro jährlich.

Die Zölle werden rasch abgeschafft und entfallen überwiegend bereits mit Inkrafttreten des Abkommens. Sieben Jahre später wird es zwischen der EU und Kanada keinerlei Zölle für Industriewaren mehr geben.

Auch in der Landwirtschaft und im Lebensmittelsektor werden Zollabgaben weitgehend beseitigt. Fast 92 % der Agrar- und Nahrungsmittelerzeugnisse der EU können dann zollfrei nach Kanada ausgeführt werden.

Die Öffnung der Agrarmärkte wird tendenziell die Preise niedrig halten und den Verbrauchern mehr Wahlmöglichkeiten geben. Als großer Hersteller hochwertiger Nahrungsmittel ist ein besserer Marktzugang in Kanada, wo die Verbraucher über hohe Einkommen verfügen, sehr vorteilhaft. Das Ergebnis der Verhandlungen ist besonders vielversprechend für landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse, die bei den Exportinteressen der EU eine wichtige Rolle spielen. Da fast alle kanadischen Zollabgaben für diese Erzeugnisse beseitigt werden, dürfte die Nahrungsmittelverarbeitende Industrie der EU stark von CETA profitieren. Bei Weinen und Spirituosen wird der Zollabbau durch die Beseitigung anderer Handelshemmnisse ergänzt, was den Zugang zum kanadischen Markt deutlich erleichtert.


Für einige wenige empfindliche Erzeugnisse wie Rindfleisch, Schweinefleisch, Zuckermais auf EU-Seite und Milcherzeugnisse auf kanadischer Seite wird der präferenzielle Zugang mit Quoten beschränkt. Geflügel und Eier werden auf beiden Seiten nicht liberalisiert. Die EU-Einfuhrpreisregelung wird aufrechterhalten.

Infolge der Abschaffung von Zöllen erhält die verarbeitende Industrie der EU besseren Zugang zu kanadischem Fisch. Parallel dazu wird eine nachhaltige Fischerei entwickelt, insbesondere sollen die Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen sowie die Bekämpfung der illegalen, ungemeldeten und nicht-regulierten Fischerei verstärkt werden.

Die Reduzierung und Abschaffung der Zölle erfolgt ohne Berührung der existierenden EU Produktregeln und Standards. Kanadische Produkte, seien es Industriegüter, Agrargüter, oder Lebensmittel, müssen beim Import auf unseren Markt diesen Regeln und Standards vollständig genügen¹ - ohne jede Ausnahme. Dies gilt natürlich auch umgekehrt für EU-Güter die auf den kanadischen Markt gebracht werden.

Zugang zu öffentlichen Aufträgen in Kanada für EU-Unternehmen

Dank CETA können EU-Unternehmen bei öffentlichen Ausschreibungen in Kanada auf allen Verwaltungsebenen Angebote einreichen, auch bei Aufträgen von Provinzbehörden, auf die ein großer Anteil der öffentlichen Ausgaben entfällt.

Eine gemeinsame [Studie der EU und Kanada aus dem Jahr 2008](#)  hat gezeigt, dass in Kanada auf Bundesebene öffentliche Aufträge im Volumen von insgesamt 15 bis 19 Milliarden CAD pro Jahr vergeben werden. Das Auftragsvolumen auf anderen Verwaltungsebenen liegt weit darüber. So beliefen sich 2011 beispielsweise die ausgeschriebenen Verträge kanadischer Gemeinden Schätzungen zufolge auf insgesamt 112 Milliarden CAD (etwa 82 Milliarden Euro), was fast 7 % des kanadischen BIP entspricht.

¹ Technische-, sanitäre (Fleisch und Fleischprodukte)- oder phyto-sanitäre (Pflanzen und Pflanzenprodukte) Regeln und Standards zum Schutz der Konsumenten, Verbraucher und der Umwelt. Dies schließt die Regeln zur Lebensmittelsicherheit ein.

Die europäischen Unternehmen sind die ersten ausländischen Firmen, die einen derart umfangreichen Zugang zu öffentlichen Aufträgen in Kanada erhalten. Keine andere internationale Übereinkunft mit Kanada bietet ähnliche Geschäftschancen.

Kanada wird ferner ein zentrales Webportal für die elektronische Auftragsvergabe einrichten, das Informationen zu allen Ausschreibungen bietet und sicherstellt, dass die EU-Unternehmen diese neuen Geschäftschancen wirksam nutzen können.

Verstärkte Zusammenarbeit bei der Regulierung / Konformitätsbewertung

Das Kapitel über technische Handelshemmnisse (TBT) enthält Bestimmungen, die zu einer größeren Transparenz und engeren Kontakten zwischen der EU und Kanada auf dem Gebiet der technischen Vorschriften führen werden. Beide Seiten vereinbaren außerdem, die Verbindungen zwischen den zuständigen Normungsgremien weiter zu vertiefen.

Mit einem gesonderten Protokoll wird die Anerkennung der Konformitätsbewertung zwischen den Vertragsparteien verbessert. Durch die Verringerung der Kosten für die Einhaltung der technischen Vorschriften, Normen und Konformitätsbewertungsverfahren (u. a. auch Vorschriften für Kennzeichnung und Etikettierung) erleichtert CETA den Handel und kommt der Industrie generell, insbesondere aber den Klein- und Mittelunternehmen zugute. Schätzungen zufolge könnte dies zu einem jährlichen BIP-Zuwachs von bis zu 2,9 Milliarden Euro für die EU führen.

Eine Änderung der technischen Regeln und Standards selbst, die den Konformitätsbewertungsverfahren zugrunde liegen ist nicht vereinbart worden.

Schutz europäischer Innovationen und landwirtschaftlicher Erzeugnisse mit besonderem geografischem Ursprung.

Durch CETA werden die Rahmenbedingungen für Rechte an geistigem Eigentum in Kanada und der EU einander angeglichen. Beispielsweise ergeben sich aus den Entwicklungen im kanadischen Patentsystem konkrete Vorteile für die Pharma-Industrie in der Europäischen Union. Daneben werden europäische Innovationen, Kunstwerke und Marken besseren Schutz vor unrechtmäßigem Kopieren genießen.

Die im Rahmen von CETA vereinbarten Regeln werden auch den EU-Landwirten und kleinen Unternehmen im Bereich der Nahrungsmittelproduktion zugute kommen. Zahlreichen landwirtschaftlichen Erzeugnissen mit einem besonderen geografischen Ursprung wird in CETA ein besonderer Status und Schutz auf dem kanadischen Markt zugestanden. Die Verwendung geografischer Angaben wie zum Beispiel Schwarzwälder Schinken, Nürnberger Lebkuchen oder Lübecker Marzipan wird in Kanada Erzeugnissen vorbehalten sein, die aus den europäischen Regionen eingeführt werden, aus denen sie traditionell stammen. Das Abkommen sieht die Möglichkeit vor, die Liste später um weitere Bezeichnungen für Erzeugnisse zu erweitern. Darüber hinaus dürfen dank des Abkommens bald einige in der EU geschützte geografische Angaben mit großem Bekanntheitsgrad wie Prosciutto di Parma und Prosciutto di San Daniele zum ersten Mal seit 20 Jahren beim Verkauf dieser Erzeugnisse in Kanada verwendet werden. Auch im Bereich der geographischen Angaben sind in Europa vor allem Kleinunternehmen und Unternehmen des Mittelstands tätig.

Erleichterung des Handels mit Dienstleistungen

Etwa die Hälfte des gesamten BIP-Zuwachses der EU dürfte sich aus der Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs ergeben. CETA wird europäischen Unternehmen neue Möglichkeiten eröffnen, indem in Schlüsselbranchen wie Finanzdienstleistungen, Telekommunikation, Energie und Seeverkehr der Zugang zum kanadischen Markt gewährt wird. Nach vollständiger Umsetzung des Abkommens könnte der dadurch entstehende BIP-Zuwachs für die EU bis zu 5,8 Milliarden Euro pro Jahr betragen.

Ferner wird das Abkommen für beide Seiten den vorübergehenden Aufenthalt wichtiger Mitarbeiter von Unternehmen und von Dienstleistern erleichtern. Das ist besonders wichtig für Unternehmen mit Auslandsaktivitäten. Für Angehörige bestimmter freier Berufe wird es zudem einfacher, zeitlich begrenzt Dienstleistungen wie z. B. Beratung in Bereichen wie Buchführung, Architektur oder Ingenieurwesen anzubieten, da nachgelagerte Kundendienst-, Wartungs- und Überwachungsverpflichtungen einfacher zu erfüllen sein werden.

Das Abkommen schafft einen Rahmen für die künftige gegenseitige Anerkennung von Qualifikationen in reglementierten Berufen. Derzeit stellen die uneinheitlichen Anforderungen an Freiberufler weiterhin ein Hindernis dar, insbesondere für die Erbringung grenzüberschreitender Dienstleistungen. Im Rahmen von CETA können die zuständigen Berufsverbände oder Behörden in der EU und Kanada gemeinsam weiter die technischen Einzelheiten der gegenseitigen Anerkennung von Qualifikationen ausarbeiten.

Es ist zu unterstreichen, dass öffentliche Dienstleistungen, sei es zum Beispiel im Bereich der Erziehung, des Gesundheits- und Sozialwesens, im Transport oder der Wasserversorgung von Verpflichtungen ausgenommen wurden. Die existierenden Vorbehalte und Beschränkungen bleiben nicht nur bestehen, sondern die EU behält sich ausserdem (auf allen Ebenen) einen vollen Regulierungsspielraum vor – selbst wenn dies in Zukunft zu weiteren Marktzugangsbeschränkungen oder Diskriminierungen von kanadischen Dienstleistern und Investoren führt. Eine Verpflichtung zur Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen oder eine Einschränkung der Subventionsmöglichkeiten in diesem Bereich entsteht durch CETA ebenfalls nicht.

Investitionsförderung und Investitionsschutz

CETA ist das erste Handelsabkommen der EU, das große Vorteile für außerhalb der EU investierende EU-Unternehmen mit sich bringt. Ermöglicht wird dies durch die neuen Zuständigkeiten bei Investitionen, die die EU im Rahmen des Vertrags von Lissabon erhalten hat.

CETA verringert und beseitigt Hindernisse, die europäischen Investoren den Zugang zum kanadischen Markt erschweren. Gleichzeitig stellt das Abkommen sicher, dass alle europäischen Investoren in Kanada gleich und fair behandelt werden. Um das Investitionsklima zu verbessern und Investoren mehr Rechtssicherheit zu bieten, haben sich die EU und Kanada auf Grundsätze wie die Nichtdiskriminierung zwischen inländischen und ausländischen Investoren verpflichtet. Kanada und die EU haben auch vereinbart, für Beteiligungen an ausländischen Unternehmen keine neuen Beschränkungen einzuführen.

Beide Vertragsparteien verfügen über hoch entwickelte Rechtssysteme, und die Investoren können bei Problemen die Gerichte vor Ort anrufen. Dies gewährleistet jedoch unter Umständen nicht immer angemessenen Schutz ausländischer Investoren, etwa vor Diskriminierung. Ein Staat könnte beispielsweise einen ausländischen Investor ohne angemessene Entschädigung enteignen. Möglicherweise stößt ein Investor auch auf Hindernisse, wenn er vor nationalen Gerichten Klage erheben will. In bilateralen Investitionsabkommen der EU-Mitgliedstaaten waren traditionell Regeln zur internationalen Schiedsgerichtsbarkeit enthalten, die Investoren entsprechende Beschwerdemöglichkeiten einräumen. CETA baut nun auf den Verfahren und Traditionen der Mitgliedstaaten auf. Vor allem hat die EU umfangreiche zusätzliche Garantien geschaffen, um sicherzustellen, dass das Regulierungsrecht der Staaten sowie ihre Befugnis zur Verfolgung von Gemeinwohlzielen und zur Vermeidung des Missbrauchs derartiger Regeln durch Investitionsschutzbestimmungen nicht untergraben werden.

Gewährleistung guter künftiger Zusammenarbeit

Das Abkommen enthält sämtliche notwendigen Garantien, um sicherzustellen, dass die wirtschaftlichen Vorteile nicht auf Kosten der Demokratie, der Gesundheit und Sicherheit der Verbraucher, der Sozial- und Arbeitnehmerrechte oder des Umweltschutzes gehen.

- CETA wird letztlich die acht bestehenden bilateralen Investitionsabkommen zwischen einzelnen EU-Mitgliedstaaten und Kanada ersetzen. In dieser Hinsicht hat CETA der EU die Gelegenheit eröffnet, weitere Garantien gegen Missbrauch der Investitionsschutzvorschriften und der Systeme zur Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten einzuführen. Die Kommission hat die in der Öffentlichkeit zum Thema Investitionen vorgebrachten Bedenken sehr ernst genommen. Das verbesserte Schiedsgerichtssystem zur Lösung von Investor-Staat-Streitigkeiten wird auf klarere Regeln gestützt. Dazu gehören auch ein Verhaltenskodex, staatliche Kontrolle über die Schiedsrichter und vollständige Verfahrenstransparenz. CETA versetzt Investoren nicht in die Lage, originäre staatliche Regulierungsmaßnahmen erfolgreich anzufechten. Das Recht der Staaten zur Regulierung im öffentlichen Interesse wird nicht beeinträchtigt.
- CETA berührt nicht die Lebensmittel- oder Umweltvorschriften in der EU. Kanadische Erzeugnisse dürfen – ohne jegliche Ausnahme – nur dann in die EU eingeführt und hier verkauft werden, wenn sie vollständig im Einklang mit den europäischen Rechtsvorschriften stehen. So beeinträchtigt CETA beispielsweise nicht die EU-Beschränkungen für Rindfleisch mit Wachstumshormonen oder GVO. Mit CETA gehen auch keine spezifischen Beschränkungen der künftigen Rechtsetzung einher. Beide Vertragsparteien behalten das Recht zur freien Regulierung in Bereichen von öffentlichem Interesse wie Umwelt, Gesundheit und Sicherheit.
- Die EU und Kanada haben sich in CETA auch erneut deutlich für die Prinzipien und Ziele einer nachhaltigen Entwicklung ausgesprochen. Mit dem CETA-Kapitel zu Handel und nachhaltiger Entwicklung werden wirksame Mechanismen für die Einbeziehung verschiedener Vertreter der Zivilgesellschaft der EU und Kanadas in die Umsetzung und Überwachung des Abkommens eingerichtet. Zudem ist ein eigener Schlichtungsmechanismus mit Konsultationen auf Regierungsebene und einem Sachverständigenpanel vorgesehen.

CETA – FRAGEN & ANTWORTEN

Was ist CETA?

Das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen CETA ist ein internationaler Vertrag zwischen der Europäischen Union und Kanada.

Die Verhandlungen sind abgeschlossen, aber bevor das Abkommen in Kraft tritt, muss es erst vom Europäischen Parlament und den Regierungen der Mitgliedstaaten der EU gebilligt werden.

CETA ist das erste Handelsabkommen der EU mit einer Weltwirtschaftsmacht. Es ist auch das weitreichendste bilaterale Handelsabkommen, das bislang ausgehandelt wurde. Das Abkommen regelt ein breites Spektrum von Fragen, die sich in Kanada auf Bundes- und Provinzebene stellen und für europäische Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen nach Kanada von Belang sind. Daneben erleichtert das Abkommen Investitionen und schafft verlässlichere Rahmenbedingungen für Unternehmen.

Nach Inkrafttreten des Abkommens dürften Ausfuhren nach und Investitionen in Kanada für Wirtschaftsakteure aus der EU weitaus einfacher werden. Das Abkommen wird den Absatz von Waren und die Erbringung von Dienstleistungen auf der anderen Seite des Atlantiks erleichtern und zum Erhalt von Arbeitsplätzen in Europa beitragen.

Warum ist dieses Abkommen für die EU wichtig?

Die EU will engere wirtschaftliche Beziehungen mit einem gleichgesinnten Partner – Kanada. Kanada ist ein großer Markt, eine wichtige Zielregion für Investitionen aus der EU und verfügt über große Mengen an natürlichen Ressourcen, die Europa braucht. Es bietet Energie und Rohstoffe und ist eine wichtige Quelle von Know-how.

CETA wird für unsere Volkswirtschaften vorteilhaft sein und zur Schaffung von Arbeitsplätzen in wirtschaftlich unsicheren Zeiten beitragen. Dies steht in Einklang mit der EU-Strategie „Europa 2020“, die Wachstum fördern soll, indem die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft auf offenen und fairen Märkten weltweit gesteigert wird.

Kanada ist eines der meistentwickelten außereuropäischen Länder, mit denen die EU je ein Handelsabkommen dieser Dimension ausgehandelt hat. Dadurch ergeben sich große Chancen in allen Wirtschaftsbereichen. Das Abkommen dürfte zu einer Steigerung des Handelsvolumens zwischen der EU und Kanada um fast ein Viertel führen. Insgesamt wird eine Steigerung der EU-Produktion um ca. 12 Milliarden Euro pro Jahr infolge von CETA erwartet.

Wie umfangreich ist der Handel zwischen Kanada und der EU bereits?

Kanada ist für die EU der zwölftwichtigste Handelspartner. Die EU ist für Kanada mit einem Anteil von nahezu 10 % am kanadischen Außenhandel der zweitgrößte Handelspartner nach den USA. Der Warenhandel zwischen der EU und Kanada erreicht ein Volumen von fast 60 Milliarden Euro jährlich. Die EU führt nach Kanada vorwiegend Maschinen, Fahrzeuge und Chemikalien aus. Der Umsatz mit gewerblichen Dienstleistungen – vor allem in den Bereichen Verkehr, Reisen, Versicherung und Kommunikation – beträgt über 26 Milliarden Euro (2012).

Investitionen sind ebenfalls ein wesentliches Element der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und Kanada. Die EU ist der zweitgrößte ausländische Investor in Kanada, und Kanada ist der viertgrößte ausländische Investor in der EU. Die europäischen Investitionen in Kanada erreichten 2012 fast 260 Milliarden Euro, während die kanadischen Direktinvestitionen in der EU sich auf mehr als 142 Milliarden Euro beliefen. Die in Europa niedergelassenen kanadischen Unternehmen schaffen zahlreiche Arbeitsplätze, geben ihr Know-how weiter und exportieren aus der EU in ausländische Märkte. Der Wert der von ihnen in der EU produzierten Waren übersteigt das Volumen des gesamten Handels zwischen Kanada und der EU. Aus diesem Grund muss CETA nicht nur bessere Bedingungen für den Handel, sondern auch für Investitionen schaffen.

Welchen Nutzen bringt CETA Unternehmen in der EU?

CETA wird Folgendes bewirken:

- Beseitigung fast aller Zölle. Ersparnis für europäische Exporteure: 500 Millionen Euro jährlich
- Zugang zu öffentlichen Aufträgen in Kanada für EU-Unternehmen
- Zugang zu kanadischen Dienstleistungs- und Investitionsmärkten für EU-Unternehmen
- beiderseitige Erleichterung des vorübergehenden Aufenthalts wichtiger Mitarbeiter von Unternehmen und von Dienstleistern
- Möglichkeit der Erbringung von Dienstleistungen in Kanada für europäische Ingenieure, Wirtschaftsprüfer und Architekten
- besserer Schutz für europäische Innovationen, Kunstwerke und Marken sowie traditionelle Lebensmittel vor Nachahmung in Kanada
- Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den europäischen und kanadischen Normungsgremien.

Das bedeutet im Einzelnen:

Aufgrund von CETA entfallen fast alle Einfuhrzölle, wodurch europäische Exporteure rund 500 Millionen Euro jährlich sparen. Das Abkommen trägt auch zum Abbau bürokratischer Handelshemmnisse bei.

Dank CETA können EU-Unternehmen bei öffentlichen Ausschreibungen in Kanada auf allen Verwaltungsebenen Angebote einreichen, auch für Aufträge von Provinzbehörden, auf die ein großer Anteil der öffentlichen Ausgaben entfällt. Die europäischen Unternehmen erhalten als erste ausländische Firmen einen derart umfangreichen Zugang zu öffentlichen

Aufträgen in Kanada. Keine andere internationale Übereinkunft mit Kanada bietet ähnliche Geschäftschancen. CETA ist also für europäische Unternehmen und die Beschäftigung in Europa eine gute Sache.

CETA verschafft EU-Firmen auch Zugang zu kanadischen Dienstleistungs- und Investitionsmärkten. Europäische Unternehmen können künftig in Kanada Post-, Telekommunikations- und Seebeförderungsdienste erbringen. CETA erleichtert auch europäischen Finanzdienstleistern Geschäftstätigkeiten in Kanada.

Daneben macht das Abkommen die vorübergehende Einreise wichtiger Mitarbeiter von Unternehmen und von Dienstleistern in das Gebiet der Gegenpartei leichter – ein großer Vorteil für Firmen, die auf beiden Seiten des Atlantiks tätig sind. Auch europäische Ingenieure, Wirtschaftsprüfer und Architekten werden künftig ihre Dienstleistungen kanadischen Kunden direkt erbringen können.

Europäische Innovationen, Kunstwerke und Marken sowie traditionelle Lebensmittel werden in Kanada vergleichbaren Schutz genießen wie in der EU. Dadurch werden Nachahmungen verhindert. Dies ist im Interesse der pharmazeutischen Industrie, der europäischen Landwirte und Lebensmittelhersteller. So kommt CETA auch kleinen und mittleren Unternehmen in der EU zugute.

CETA bedeutet hingegen nicht, dass kanadische Vorschriften in Europa automatisch anerkannt werden – oder umgekehrt. Allerdings wird es die Transparenz verbessern und die Zusammenarbeit zwischen den europäischen und kanadischen Normungsgremien stärken. Die EU und Kanada werden die Ergebnisse offizieller Überprüfungen der Übereinstimmung von Produkten mit ihren jeweiligen Vorschriften in gewissem Umfang gegenseitig anerkennen. So muss die Einhaltung technischer Vorschriften nicht mehr zweimal nachgewiesen werden, was die Verwaltungskosten senkt und EU-Firmen den Wettbewerb mit kanadischen oder amerikanischen Unternehmen erleichtert.

Weitere Informationen über Verbesserungen, die sich aus CETA ergeben, enthält der [Abschnitt über die Ergebnisse des Abkommens zwischen der EU und Kanada](#).

Wir wirkt sich CETA auf die Landwirtschaft aus?

Landwirtschaft ist sowohl für die EU als auch für Kanada wichtig. Die Erzeugung von Lebensmitteln geht uns alle an, nicht nur die Landwirte. CETA zeigt, dass wir ein Handelsabkommen erreichen können, ohne dass eine Seite ihre Interessen auf diesem Gebiet aufgibt. Die Marktöffnung wird tendenziell die Preise niedrig halten und den Verbrauchern mehr Wahlmöglichkeiten geben. Als großer Hersteller hochwertiger Nahrungsmittel ist es für die EU vorteilhaft, Produkte auf einem Markt mit hohem Verbrauchereinkommen absetzen zu können. Insbesondere verschafft CETA der breiten Palette europäischer Erzeugnisse mit einem bestimmten geografischen Ursprung, wie z. B. Parmaschinken, Schwarzwälder Schinken oder Roquefortkäse, zusätzlichen Schutz.

Beeinträchtigt CETA die EU-Lebensmittelsicherheits- oder Umweltvorschriften oder unser Recht auf künftige Regulierung?

Nein. CETA berührt die Lebensmittel- und Umweltvorschriften der EU nicht. Kanadische Erzeugnisse dürfen wie bisher nur dann eingeführt und in der EU verkauft werden, wenn sie die EU-Vorschriften uneingeschränkt einhalten. So beeinträchtigt CETA beispielsweise nicht die EU-Beschränkungen für Rindfleisch mit Wachstumshormonen oder GVO.

Es beschneidet auch nicht das Recht der beiden Vertragsparteien zum Erlass neuer Gesetze in Bereichen von öffentlichem Interesse wie Umwelt, Gesundheit und Sicherheit.

CETA schafft die Grundlagen für den künftigen Dialog zwischen der EU und Kanada über politische Entwicklungen. Beide Seiten werden Informationen über bewährte Vorgehensweisen austauschen. Das schränkt uns bei der Erarbeitung neuer Rechtsvorschriften nach Maßgabe der Bedürfnisse und Prioritäten der europäischen Bürgerinnen und Bürger nicht ein.

Wirkt sich CETA auf öffentliche Dienste aus? Wird etwa die Wasserversorgung privatisiert?

Nein. Wie alle Handelsabkommen der EU erstreckt auch CETA sich nicht auf öffentliche Dienstleistungen. Das bedeutet:

- Die EU-Länder können staatliche Monopole für bestimmte Dienste beibehalten.
- CETA verpflichtet nicht zur Privatisierung oder Deregulierung öffentlicher Dienstleistungen wie Wasserversorgung, Gesundheitsfürsorge und Bildung.
- Die EU-Länder können weiterhin selbst entscheiden, in welchen Bereichen sie einen öffentlichen Universaldienst – ggf. auch mit staatlicher Förderung – wünschen.

Was bedeutet „Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten“ (ISDS) und wozu brauchen wir das im Rahmen von CETA?

Die Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten erfolgt im Rahmen eines internationalen Schiedsgerichtssystems, das ausländische Investoren vor Diskriminierung und unfairer Behandlung durch staatliche Behörden schützen soll.

Der Umstand, dass ein Land ein starkes Rechtssystem hat, bedeutet nicht notwendigerweise, dass ausländische Investoren gesetzlich vor Diskriminierung durch Behörden geschützt sind. Auch wenn die EU und Kanada hoch entwickelte Volkswirtschaften sind, können Unternehmen auf Schwierigkeiten stoßen, die ihre Investitionen gefährden und denen ihre heimische Gerichte nicht immer wirksam begegnen können. Die EU-Länder teilten diese Auffassung und erteilten der Europäischen Kommission ein Mandat für Verhandlungen über den Investitionsschutz im Rahmen von CETA.

Im Idealfall sollten alle Investoren und Händler von allen Regierungen und von den nationalen Gerichten sämtlicher Länder gleich und fair behandelt werden. Internationale Handels- und Investitionsvereinbarungen – und die Existenz internationaler Streitbeilegungsmechanismen zu deren Durchsetzung – tragen dazu bei, dies zu gewährleisten.

Die meisten Probleme ausländischer Investoren in Ländern mit hoch entwickelten Rechtssystemen sind administrativer Art. Sie erwachsen aus der Behandlung einzelner Investoren im Rahmen einer bestimmten Lizenz, Genehmigung oder Zusage durch Staatsbeamte.

Das Gastland könnte eine Entscheidung in einer Weise treffen oder anwenden, die gegenüber ausländischen Produzenten unfair ist oder diese diskriminiert. Es könnte beispielsweise einer inländischen Firma die Herstellung eines bestimmten Produkts erlauben, dies einer Fabrik im Eigentum eines ausländischen Unternehmens aber verbieten.

Die Behörden könnten einem ausländischen Investor das Beschwerderecht verweigern und damit gegen ein Grundrecht verstoßen. Wenn Investoren der Weg zu den heimischen Gerichten versperrt ist oder diese einer Beschwerde nicht wirksam nachgehen können, dann können diese Investoren ihr Anliegen nirgends geltend machen.

In solchen Situationen verschaffen die ISDS-Bestimmungen von CETA den Investoren die nötigen Rechtsbehelfe. Maßnahmen zum Investorenschutz hindern Regierungen nicht daran, Rechtsvorschriften zu erlassen, noch führen sie zur Aufhebung von Gesetzen.

In den vergangenen Jahrzehnten haben die EU-Mitgliedstaaten rund 1 400 solcher Abkommen mit zahlreichen Ländern weltweit geschlossen, was sie nicht daran gehindert hat, neue Gesetze zu erlassen. Das gleiche gilt für Kanada und die USA, die 1994 das Nordamerikanische Freihandelsabkommen geschlossen haben. Die Schiedsverfahren bei Investor-Staat-Streitigkeiten können allenfalls dazu führen, dass Investoren, die beispielsweise enteignet wurden, Entschädigungszahlungen erhalten.

Wie verbessert CETA bestehende Regeln zu Schiedssystemen für Investitionsstreitigkeiten?

Die CETA-Bestimmungen zum Investitionsschutz und zur Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten ersetzen die acht bestehenden bilateralen Investitionsabkommen zwischen einzelnen EU-Mitgliedstaaten und Kanada. Ein einheitliches Regelwerk wird für mehr Klarheit sorgen. Es bietet ferner die Gelegenheit zum Einführen zusätzlicher Garantien dafür, dass das System nicht dazu missbraucht werden kann, rechtmäßige Gesetze erfolgreich anzufechten. Die Kommission hat die in der Öffentlichkeit diesbezüglich bestehende Besorgnis sehr ernst genommen.

Das verbesserte Schiedsgerichtssystem für Investor-Staat-Streitigkeiten im Rahmen von CETA:

- umfasst einen Verhaltenskodex für Schiedsrichter
- gewährleistet staatliche Aufsicht über die Schiedsrichter
- gewährleistet vollständige Transparenz der Verfahren
- verbietet ungerechtfertigte Klagen.

Unternehmen werden Staaten nicht lediglich deshalb verklagen können, weil ihre Gewinne möglicherweise geschmälert werden. Sie dürfen nur in einer begrenzten Zahl genau definierter Fälle, die einen Verstoß gegen CETA und eine Diskriminierung des Investors

aufgrund der Nationalität darstellen, Ansprüche erheben. Unternehmen müssen nachweisen, dass in bestimmter Weise gegen CETA-Bestimmungen verstoßen wurde. Die Schiedsrichter haben also keinen Spielraum zur freien Auslegung des Abkommens.

Das bedeutet im Einzelnen:

CETA enthält Regeln für Schiedsrichter:

- Ein verbindlicher Verhaltenskodex stellt die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Schiedsrichter sicher. Schiedsrichter, die gegen den Verhaltenskodex verstoßen, werden ersetzt.
- Besteht zwischen den Kontrahenten Uneinigkeit über die Wahl eines Schiedsrichters, so wird aus einer Liste von Kandidaten, die vorab sowohl von der EU als auch Kanada genehmigt wurden, ein Ersatz ausgewählt. Da die EU und Kanada den Schiedsrichter, der den Vorsitz führt, gemeinsam auswählen, ist sichergestellt, dass sie stets mindestens zwei der drei Schiedsrichter genehmigt haben.

CETA gewährleistet vollständige Transparenz der Verfahren:

- Sämtliche Unterlagen – Anträge der Parteien, Entscheidungen des Schiedsgerichts – werden auf einer Website öffentlich zugänglich sein.
- Alle Anhörungen sind öffentlich.
- Interessierte Parteien (NRO, Gewerkschaften) können Anträge einreichen.

CETA verbietet ungerechtfertigte Klagen:

- Unbegründete Forderungen werden umgehend zurückgewiesen, und Investoren müssen bei erfolglosen Klagen der verklagten Gegenseite die Kosten erstatten.
- Die Panels können im Schnellverfahren entscheiden und Forderungen zurückweisen, die erkennbar unbegründet sind, weil der Kläger offensichtlich kein Investor im Sinne von CETA ist oder der Gegenstand der Beschwerde offenkundig nicht unter die CETA-Investitionsschutzbestimmungen fällt.

Durch diese Regeln erhalten Investoren die nötige Rechtssicherheit, während gleichzeitig ein Missbrauch des Systems verhindert wird.

Weitere Informationen über die Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten und CETA enthält das [Infoblatt](#).

Ist CETA ein Modell für die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), die derzeit mit den USA ausgehandelt wird?

CETA ist als Abkommen ein Meilenstein, und die bei den Verhandlungen gewonnen Erkenntnisse werden den EU-Unterhändlern in den Beziehungen zu den USA sicher nützlich sein. Unser Ziel ist bei beiden Verhandlungen ähnlich: Wir wollen ein umfassendes Abkommen erreichen, das den EU-Unternehmen eine erfolgreiche Entwicklung auf dem

transatlantischen Markt erleichtert, um so Wachstum zu fördern und Arbeitsplätze zu schaffen.


Dennoch sind CETA und TTIP separate Abkommen mit zwei verschiedenen Partnern. Wir verhandeln mit jedem eigenständig und unter eigenen Bedingungen. Die Wirtschaftsbeziehungen der EU mit den USA – unserem größten Handelspartner – und Kanada sind nicht gleich. Die Größe der jeweiligen Märkte und ihre Dynamik sind unterschiedlich. CETA zeigt, dass ein bedeutsames Freihandelsabkommen zwischen hoch entwickelten Partnern möglich ist, greift aber dem Ergebnis der Verhandlungen zwischen der EU und den USA nicht vor.

Wurden die CETA-Verhandlungen unter Geheimhaltung geführt?

Keineswegs. Bei der Aufnahme der Verhandlungen mit Kanada im Jahr 2009 hat die Europäische Kommission möglichst viele Beiträge eingeholt, um sich bei der Festlegung ihrer Verhandlungspositionen daran zu orientieren. Die Kommission hat:

- eine [Nachhaltigkeitsprüfung](#) in Auftrag gegeben;
- alle interessierten Parteien aufgerufen, ihren Standpunkt zu allen für die Zivilgesellschaft und die verschiedenen Wirtschaftssektoren relevanten Themen mitzuteilen.

Während der fünfjährigen Verhandlungen hat die Kommission für die Interessenträger mehrere [Sitzungen zum Dialog mit der Zivilgesellschaft](#) veranstaltet. Parallel dazu haben wir sehr eng mit den EU-Mitgliedstaaten und den Mitgliedern des Europäischen Parlaments zusammengearbeitet und diese laufend umfassend über die Fortschritte bei den Verhandlungen unterrichtet.

Der [Wortlaut des CETA-Abkommens](#)  ist nun im Internet verfügbar. Der Text wird im demokratisch gewählten Europäischen Parlament und im Rat der Europäischen Union von den Regierungen der EU-Länder erörtert. CETA wird nur wirksam, wenn beide Organe den Text annehmen.

2014 12 10